

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Gratisbeilagen:

„Der Rote Stern“, „Der Kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“,
„Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau, Reichstraße 66, Telefon: 2237.
Breslau, Ring 2237, Filialredaktion: Gumbinnen, Kreis:
nr. 41 b, Gumb. Kreiser Straße 2, Gumb. 1, D. 1000.
Straße 40, Gumb. 1, Kreis 4, Gumb. 1, D. 1000.
morgens 8 Uhr, abends 6 Uhr, Sonntag 10 Uhr.
Redaktion: Breslau, Reichstraße 66, Telefon: 2237.
A. 2237, Spreeufer für Redaktionen: Montag, Mittwoch, Freitag,
mittags 12-1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends 7 Uhr.

Ruhräumung

* Breslau, 22. Juli.

Monate nach dem Ruhrbruch Poincarés, 14 Tage vor dem von Herrick dem Niederrhein März in London feierlich zugesicherten Endtermin verlassen die französisch-belgischen Armeen das Sanktionsgebiet an Rhein und Ruhr. Geräumt wird nicht nur das eigentliche Ruhrgebiet, die Städte Gelsenkirchen, Bochum, Essen, Buer, Recklinghausen, Mülheim, sondern auch die Rheinstädte Duisburg und Düsseldorf, die schon im Jahre 1921 wegen deutscher Nichterfüllung von der damaligen Regierung Briand unter dem Beifall von Georges Bonnet besetzt wurden. Der letzte Schritt wird vielleicht sogar die Räumung der auf Grund des Versailler Vertrages besetzten Kölner Zone sein, deren fünfjährige Okkupation bereits im Januar 1925 abgelaufen, aber wegen Nichterfüllung der Entwaffnungsforderungen verlängert worden war.

Also „Befreiung“ auf der ganzen Linie!

Über das Glodengeläut und die Posaunenchöre, die in der Mitternachtstunde des Besetzungsablaufs von allen Kirchen erklingen, werden keine Widerhall bei den Millionen der „befreiten“ Gebiete finden. Der Ruhrkumpel weiß, um welchen Preis der Abmarsch der fremden Truppen erkaufte wurde. Er weiß, daß heute eine Flucht des Kohlenpreises zur Wahrung seiner Geheimnisse vor ausländischen Ingenieuren gänzlich überflüssig wäre, da die Entente-Kommissare — deren Aufzählung den ganzen Inhalt einer kürzlich erschienenen Broschüre ausmacht — nun in Berlin sitzen und die deutsche Wirtschaft an den Quallen und in den Spigen kontrollieren. Und das Gelärm aus den Kirchen wird den Kumpel daran erinnern, daß die politische Begleitmusik zum Ruhrabmarsch nicht minder mühsam ist. Schill klingt hinein das Lächeln Briands, der erst am Tage des Abmarschbeginns den französischen Journalisten versichert, daß ihn die deutsche Antwort auf seine Garantiepaktnote nicht pessimistisch stimmte. Briand, der virtuose Diplomat, hat allen Unmut zu lächeln. Er ist ein Wissender. Er kennt den Preis, mit dem die deutsche Regierung die Ruhräumung erkaufte. Briand lächelte, weil er wieder einmal festgestellt hatte, wie folglos die Dollarkolonie jenseits des Rheins „höheren“ politischen Anweisungen nachzukommen weiß.

Doch vielleicht wird ein großer Teil der Ruhrproleten und mit ihnen die Massen im übrigen Deutschland von diesen hochpolitischen Dingen nichts wissen. Sie werden es begreifen, daß die drückende, 16 monatige Besetzung — die vor allem in ihrer ersten Zeit von einer Kette militärischer Verbrechen angefüllt war — nun Gott sei Dank zu Ende sei. Und sie werden sich beim Abzug der grau-grünen Uniformen und blauen Stahlhelme einbilden, nun seien sie endlich „befreit“. Aber diese Illusion wird nicht lange leben. Den abziehenden Besatzungstruppen folgt die deutsche grüne Polizei. Die deutsche Regierung hat es eilig. Nicht einige Stunden sollen die „befreiten“ Städte den Segen der deutschen Ordnung entbehren. Diese Ordnung hat sich bereits mit Erfolg ausgewirkt. Schwerverletzte Arbeiter lagen am Tage der Räumung Bochums auf dem Straßenpflaster. Sie waren die ersten Opfer der Schupo, die ihr Wirken damit begann, eine provozierende schwarz-weiß-rote Fahne auf dem Bahnhofshotel vor den empörten Massen zu schwenken. Wie hatte sich die deutsche Presse in höchsten Tönen entzündet, als blutgierige französische Generale in den ersten Tagen des Ruhrkrieges auf Ruhrarbeiter schreien ließen. Auch die Schupo hat sich mit Hutbergleichen eingeführt! Die Arbeiter, die die Opfer dieser ersten Brutalität wurden, werden begriffen haben, daß ihnen jetzt wieder die Freiheit besichert ist, sich von vaterländischen, geschlechtlichen Gummiknäppeln mißhandelt zu lassen.

Und noch andere Freiheiten warten auf den Ruhrkumpel. Die Kohlenhalden sind gewaltig überfüllt, Lohne um Lohne, die nicht abgehakt werden können, wurde aufgestapelt. 40 000 Ruhrbergarbeiter sind arbeitslos. Den übrigen wird der larme Lohn durch zahllose Feiertage verflüchtigt, die eingelegt werden, weil die Grubentönige weitere 15 000 Bergarbeiter für überflüssig erklären. Die Bevölkerung ganzer Dörfer, keiner Städte liegt auf dem Straßenpflaster. Vorbei sind die Zeiten, da man den Ruhrkumpel umwarb, die Zeiten, da man ihn im Ruhrkrieg mit geringen Aufbesserungen des Lohnes und der Unterstützungen vor den Karren der Kohlenbarone spannen wollte. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Während die Industriellen, die großen Kohlentönige, sich bereits während des Ruhrkrieges mit klingender Münze die vaterländische Genugung bezahlen ließen und noch lange nachher 700 Goldmillionen einstecken, erhält der Ruhrbergarbeiter nunmehr als Dank den Fuhrtritt. Diese dunklen Wolken am wirtschaftlichen Horizont verkünden dem Ruhrkumpel, daß er jetzt wieder die volle und uneingeschränkte Freiheit hat, im Interesse des Vaterlandes zu verreden.

Auch damit ist die Morgengabe der Befreiung noch nicht vollständig. Zu Arbeitermord und Massenhangern kommt nun noch der Aufwertungsbeitrag, die Zoll- und Wucherdroffel. Und dann die Amnestiefrage, die im ehemals besetzten Gebiet um so brutaler ist, als dort auf Geheiß der Entente die separatistischen Verbrecher freigelassen werden mußten, während ehrliche Arbeiter, Opfer der Inflation,

Die Lutherregierung kapituliert vor Briand

Der Text der deutschen Antwortnote

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. Juli.

In der am Montag der französischen Regierung überreichten Antwort auf die Briandische Garantiepaktnote heißt es u. a.:

„Die deutsche Regierung entnimmt aus der Antwort mit Genugtuung, daß die französische Regierung und ihre Alliierten grundsätzlich bereit sind, eine Festigung des Friedens gemeinsam mit der deutschen Regierung auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen und hierüber in gegenseitigen Meinungsäusserungen einzutreten.“

Die Luther-Regierung erklärt ausdrücklich, daß sie sich in dieser Note „auf eine allgemeine Aeußerung zu einigen grundsätzlichen Fragen beschränken“ wolle. Die entscheidenden Punkte (Spitze gegen Sowjetrußland, Kriegsankel des Völkerbunds, Durchmarschrecht) sind entweder ganz verschwiegen oder nur unbestimmt angedeutet.

Im einzelnen wird im ersten Abschnitt ausdrücklich erklärt: „Der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deutschen Anregungen skizziert wird, bedeutet keine Änderung der bestehenden Verträge“. Insbesondere werde der Baltabschluß von einer Aenderung der Versailler Bestimmungen „über die militärische Besetzung deutscher Gebiete“ nicht abhängig gemacht. Das bedeutet, daß die „erste nationale Regierung“ im Zeichen Hindenburgs die Friedensverträge samt den daraus folgenden Sanktionen und Gewaltmaßnahmen feierlich anerkennt und die Ost- und Westgrenzen Deutschlands für unerrückbar erklärt. Es ist also sogar auf die bloße Phrase der „nationalen Befreiung“ offen verzichtet worden.

Im zweiten Abschnitt werden einige untertänige Bedenken erhoben gegen die vom französischen Imperialismus vorbehaltlos „garantierten Sanktionsrechte“ und gegen die französische Garantie- oder Wächterrolle über das geplante westliche und östliche System von Schiedsverträgen (Schiedsverträge mit Frankreich und Belgien und mit deren Militärverbündeten Polen und Litauen); die Note erhofft, daß man diese Frage im Völkerbundsinn lösen könne. (!)

Im dritten Abschnitt wird der in der Briandnote geforderte Eintritt in den Völkerbund rückhaltlos

zugestanden. Die Luther-Regierung ist also bereit, sämtliche Verpflichtungen aus dem Völkerbundsvertrag auf sich zu nehmen. Es wird nur mit Bezug auf die pflichtgemäße Teilnahme am Völkerbundsrieg gegen einen „Störenfried“ in verschwommenen Ausdrücken erklärt, man müsse auf Deutschlands Lage als „entwaffneter Staat“ Rücksicht nehmen. Es heißt da:

„Es muß deshalb, wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglicht werden soll, eine Lösung gefunden werden, welche die Zeitpanne bis zur Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung überbrückt. Die Lösung müßte sowohl der besonderen militärischen und wirtschaftlichen, als auch der besonderen geographischen Lage Deutschlands gerecht werden.“

In diesen Sätzen werden sogar die früher aufgestellten deutschen Eintrittsbedingungen fast ganz fallen gelassen. Die Luther-Regierung behält kaum noch, daß sie vor der Forderung nach bedingungslosem Eintritt nicht kapitulieren beabsichtigt ist.

Völlig eindeutig wird die Luther-Regierung im Schlüsselpassus ihrer Note. Angesichts der ungeheuerlichen Forderungen Briands erhebt sie zwar zum Schluß einige „Zweifel und Bedenken“, erklärt dann aber:

„Trotz der angezeigten Zweifel und Bedenken glaubt sie in wesentlichen Punkten bereits eine bedeutende Annäherung der beiderseitigen Ansichten feststellen zu können. Die beteiligten Regierungen sind grundsätzlich einig in dem ernstlichen Willen, die Sicherheitsfrage durch den von Deutschland angebotenen Garantiepakt und durch einen weiteren Ausbau des Systems von Schiedsverträgen zu regeln. Soweit wegen der Einzelheiten dieser Regelung noch Zweifel und Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden auch sie zu überwinden sein.“

Unzweideutiger und offener kann die Bereitschaft zur Erfüllung der grundlegenden Forderungen der Briandnote nicht erklärt werden. Es sind nicht einmal zum Schein ernsthaft Vorbehalte und Gegenforderungen erhoben. Die ganze Note bezweckt, den Schacher um die Auslieferung Deutschlands unter die politische Verfügungsgewalt der Westmächte möglichst glatt verkaufen zu lassen.

Der Reichsrat zur Amnestiefrage

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. Juli.

Die gestrige Nachmittagsitzung des Reichsrates beschäftigte sich mit der Regierungsvorlage zur Amnestiefrage. Zu dieser Vorlage wurde seitens Preußens beantragt, den § 92 des Strafgesetzbuchs (Landesverrat) unter Amnestie zu stellen. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 32 gegen 22 Stimmen angenommen. Ferner lag ein Antrag Badens vor, die Grenze für die Niedererschlagung der Schwere Verbrechen zu streichen und alle Schwere Verbrechen niederschlagen. Namentliche Abstimmung ergab Ablehnung gegen 4 Stimmen. Für den Antrag stimmten lediglich Lübeck und Baden, dagegen Sachsen, Bayern, Württemberg, Thüringen und Braunschweig.

Die Regierungsvorlage wurde schließlich mit 38 gegen 17 Stimmen angenommen. Lübeck stimmte mit der Begründung dagegen, daß die Vorlage nicht weit genug gehe. Der sächsische Vertreter, Stadnauer, enthielt sich der Stimme. Außerdem stimmten gegen die Vorlage unter anderem Bayern, Thüringen, Mecklenburg und Oldenburg, denen sogar diese „Amnestie“ zu weit geht.

In einem Beiratsartikel zur Amnestiefrage weist die bürgerliche „Vossische Zeitung“ darauf hin, daß der Entwurf des Reichsamnestiegesetzes lediglich richtunggebend für die Länderregierung sein solle. Das bürgerliche Blatt hofft, daß die Länderregierung die eigenen Gesetze erweitern werden.

Mit Gummiknäppeln gegen die „Befreiten“

(Eigener Drahtbericht.)

Bochum, 22. Juli.

Der Abzug der französischen Besatzungstruppen wurde von Faschisten sämtlicher Schattierungen, die sich während der Besetzungzeit nicht auf die Straße gewagt haben, durch nationalsozialistische Kundgebungen gefeiert. Sie wurden jedoch von den Arbeitern gründlich gestört und die Arbeiter beherrschten in kurzer Zeit das Straßenbild. Schon am Morgen lösten die nationalsozialistischen Provokationen ein. Ein Hotel hieß die Schwarz-Weiß-Fahne. Die Arbeiterhaft war darüber derartig empört, daß sie in das Hotel einbrach und das Eingehen der Möbelerfassung erzwang. Das herbeieilende Ueberfallkommando der Schupo konnte dies nicht verhindern, ging aber mit Gummiknäppeln gegen die Arbeiter vor, von denen einige schwer verletzt wurden.

Die Kriegsbeschädigten müssen sich nach der Dede strecken

Deutschnationaler Jahn im Reichstag

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. Juli.

Das Ersuchen, die Vorlagen über die Kriegsbeschädigten in der Beratung der Reichstages in die Beratung der Vorlage zur Änderung der Versorgungsgehalte einzufügen, die bürgerlichen Parteien versuchen den Eindruck zu erwecken, daß durch diese Vorlage den Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen usw. durch Erhöhung der Grundrente um 50 Prozent eine außerordentliche Besserstellung gewährt werden sei. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß durch den Abbau verschiedener Zulagen u. a. der Kriegsbeschädigtenzulage sich diese Erhöhung auf durchschnittlich 17 Prozent stellt. Den 100 Prozent Beschädigten wird z. B. eine Erhöhung von 1 Prozent gegeben. Die Reichsparteien gebrauchen derartige demagogische Auslegungen, um ihr verbrecherisches Treiben gegenüber den Kriegsopfern zu verdecken. So haben z. B. die Deutschnationalen während der letzten Wahlkampfe Anträge gestellt, die eine Erhöhung der Kriegsbeschädigtenzulagen weit über das hinausfordern, was die Kriegsbeschädigtenorganisationen heute fordern. Jetzt, wo die Deutschnationalen in der Regierung sitzen, gehen sie gemeinsam mit den übrigen Regierungsparteien entsprechend den Anträgen der Regierung den Kriegsbeschädigten nicht den Beistand ihrer damaligen Antragsforderungen. Aber auch die Sozialdemokraten, die so gern davon sprechen, daß sie die Interessen der Kriegsbeschädigten vertreten, sind nicht für die gemeinsamen Forderungen aller Kriegsbeschädigtenorganisationen eingetreten, sondern haben Anträge gestellt, die weit unter diesen Forderungen liegen. Nur die kommunistische Fraktion hat im Reichstag Forderungen entsprechend den Wünschen der Kriegsbeschädigtenorganisationen gestellt und auch im übrigen Forderungen erhoben, die eine wirkliche Besserstellung der Kriegsopfer bedeuten.

Der erste Redner Rothmann (Soz.) meint, die sozialdemokratischen Anträge seien ein Musterbeispiel oppositioneller Behinderung und Zurückhaltung. (III)

Oerig (3.): Früher als die Sozialdemokraten zu den Regierungsparteien gehörten, haben sie Anträge im Rahmen des Möglichen gestellt. Diesmal stellen die Sozialdemokraten Anträge, die sie früher auch für unerfüllbar gehalten haben. (III)

Budjuhn (Dnt.): Früher haben Herr Rothmann und der sozialdemokratische Arbeitsminister Schilde der Auffassung gehuldigt, daß sich auch die Kriegsbeschädigten nach der Dede strecken müssen. Auf demselben Standpunkt stehen wir jetzt. (II)

Genosse Weber: Düssel-Dor.

Die Beratungen über die Regierungsvorlage haben gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien, die vor Monaten so hohe Forderungen für die Kriegsbeschädigten stellten, mit Hilfe des Finanzministers sich das Argument geschaffen haben, um von diesen Anträgen abgehen zu können. Der Reichsfinanzminister mißt im Ausschuss erheben und erklären, daß über den Betrag von 200 Millionen Mark bei der jetzigen Finanzlage des Reichs nicht hinausgegangen werden könne. Und mit diesem Argument haben die Deutschnationalen ihre vielach höheren Anträge genau wie die anderen Regierungsparteien zurückgewiesen. Man hat die Vertreter der Kriegsbeschädigtenorganisationen in dieser Sitzung gehört, aber in der nächsten Sitzung wurde von dem Vertreter der Regierung erklärt, die Ausschussmitglieder dürften sich nicht von den Argumenten der Organisationsvertreter leiten lassen, sie müßten vielmehr auf die offizielle Stimmung hören. Danach haben die bürgerlichen Parteien gehandelt. Aber auch die Sozialdemokraten haben auf die Stellungnahme der Regierung Rücksicht genommen und Anträge gestellt, die weit hinter den Forderungen der Organisationen zurückliegen. Der Antrag Rothmann (Soz.) bleibt bei den 10 Prozentigen um 24 Mill. hinter den Organisationsforderungen zurück; bei den 30 Prozentigen um 22 Mill., bei den 40 Prozentigen um 93 Mill. usw. Nach Einreichung der Anträge aber fand eine öffentliche Kundgebung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten statt, in der in Anwesenheit des Sozialisten Reichstagsabgeordneten wurde, daß die Kriegsbeschädigten an den Forderungen aller Organisationen festhalten. Dem stimmte Herr Rothmann zu. Im Anschluß aber rief er davon ab. Er hielt es nicht einmal für nötig, einen sozialdemokratischen Scheinkampf darum zu führen. (Hört, hört! b. d. Komm.)

Genosse Weber setzte sich dann mit dem Bericht des Ausschusses auseinander, in dem versucht wird, von außerordentlichen Verbesserungen zu reden. In Hand von Beispielen weist er nach, daß dies nicht der Fall ist. Während im angestrebten Ausschuss den 10- und 20-prozentigen Abgefundenen eine einmalige Auszahlung von 100 Mark zugesprochen wurde, wurde dieser Betrag dahin reduziert, daß nur den 20-prozentigen eine Auszahlung von 50 Mark gewährt wird, während die 10-prozentigen leer ausgehen. Dabei soll noch derjenige, der über 200 Mark verdient, nichts erhalten. Und so sieht es mit allen sogenannten Beside-Verträgen aus. Genosse Weber begründete dann verschiedene kommunistische Anträge, a. a. daß die verheirateten Kriegsbeschädigten und die Pflegeelternzulage der Frauengulage erhalten. Weiter einen Antrag betr. die Hinterbliebenen, die Hinterbliebenen und die Zulage für Kinder. Er konnte mitteilen, daß alle diese Anträge im Ausschuss abgelehnt wurden. Ebenso wurden auch die Anträge der Organisationen, auf Erhöhung der Grundrente, die von den Kommunisten eingebracht wurden (I), abgelehnt. Nach der Regierungsvorlage erhält ein 60-prozentiger unversetzter Kriegsbeschädigter 450 Mark, ein verheirateter 275 Mark; dagegen ein alterer Hausmann, unversetzter, 412,5 Mark gegen ein verheiratete pensionierte Hausmann. Ein Hausmann bekommt also pro Monat 334 Mark mehr als ein aus dem Mannschaftsstand hervorgegangener Kriegsbeschädigter. Gegenüber einem unversetzten macht es sogar 308 Mark aus. Das eine Beispiel beleuchtet treffend die soziale Lage dieser Regierung und ihrer Parteien. Wenn so ist das Verhältnis bei den Hinterbliebenen. Sie bilden einen Angehörigen des Mannschaftsstandes erhält 3280, eine Reserveoffizierswitwe beträgt schon 4130 Mark. Nebenbei ist das Verhältnis bei den übrigen Hinterbliebenen. Wir legen nicht, daß die Höhe für die Offizierswitwen zu hoch seien, wir fordern vielmehr, daß diese Höhe gleichmäßig zur Anwendung kommen. Weiter ging Genosse Weber auf kommunistische Anträge auf Erhöhung der Hinterbliebenen und die Hinterbliebenen ein, die sämtlich im Ausschuss abgelehnt wurden.

Wenn gefragt wird, aus welchen Mitteln diese Forderungen erfüllt werden sollen, so weisen wir Kommunisten darauf hin, daß der Etat des Reichsfinanzministeriums z. B. gegenüber dem Vorjahr um 185 Millionen Mark erhöht wurde, daß das Finanzministerium allein 5 Millionen für geheime Ausgaben braucht, daß für die Jagdgesellschaften im Rheinland 500 000 Mark vorhanden waren, daß für die Zeno für den Reichstag von Kriegsschiffen ein Geld in Höhe von 500 Millionen vorhanden ist, das man für die Opfer des Krieges verwenden könnte.

Der 4. August muß zu einem gewaltigen Aufmarsch werden gegen die Politik der Regierungsparteien die Politik des Scheinbescheidens, die auch eine Politik der Sozialdemokratie ist und am Krieg gegen Sowjetrußland führt. Wenn sie diesen Kampf nicht mit den Kommunisten aufnehmen, dann wird

der Tag kommen, an dem die Forderungen der Kriegsbeschädigten anerkannt und auch verwirklicht werden. (Zusatz b. d. Komm.)

Die Regierungsparteien, einschließlich der Demokraten, brachten dann eine Erklärung ein, die in demagogischer Weise versucht, den Betrug an den Kriegsbeschädigten zu verheiteln. Dann versuchte der Sozialdemokrat Rothmann die Anträge des Genossen Weber durch Ausfälle gegen Sowjetrußland zu entkräften. Genosse Kadel trat diesen Angriffen auf das entschiedenste entgegen. Das russische Volk habe sich mit großen Opfern seine Freiheit erkämpft, aber so viele Kriegskruppen wie in Deutschland sehe man in Rußland nicht besteln. Das Arbeiter-Rußland ermöglicht seinen Kriegsoffizieren durch entsprechend hohe Renten ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.

In der Einzelberatung begründeten dann die Genossen Kadel und Weber sowie Genossin Wendtsee kommunistische Änderungsanträge. Aber alle diese Anträge wurden ebenso wie die sozialdemokratischen mit den Stimmen der Regierungsparteien einschließlich der Demokraten niedergestimmt.

Die betrogenen deutschnationalen Wähler



Aus den Reichstagsausschüssen Generaldebatte über die Agrarzölle — Die Schweigekartell der Regierungsparteien

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. Juli.

Nachdem der Reichsernährungsminister am Montag im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages sich wiederholt zu sprechen geweigert hatte, erglitt er Dienstag früh das Wort. Wer aber damit gerechnet hat, daß die Regierung jetzt endlich dem Ausschuss sagen werde, wie von die Kompromißverhandlungen hinter den Kulissen zwischen Regierung, Schwerindustrie und Großagrariern gelaufen sind, der wurde schwer getäuscht. Kaum beschränkte sich lediglich auf eine Art Stille-

Vom Tage

Der Staatsgerichtshof berückte den Schriftsteller und Schauspieler Josef Sörner, genannt Rolf, aus Stuttgart wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. Der „Hochverrat“ soll durch die Infiltrierung und Ausführung einiger revolutionärer „Bühnenstücken“ begangen worden sein.

Die Tarifgewerkschaften der Eisenbahner Berlins beschließen, den Entwurf zum 31. August zu kündigen. Sie werden hartnäckig durchsetzen, durch bessere Löhne höhere Lohnsätze zu erreichen.

In Magdeburg hat sich eine „Bereinigung nationaler Arbeiter“ gebildet. Farbe: schwarz-weiß-rot im gelben Feld.

Im Sitzkreis der Porzellaner Schmiedereindustrie wurde ein Streikbruch gefüllt, der einen Stundenlohn von 69 (bisher 60) Pfennig zuzieht. Urabstimmung Sonntagstag.

Der am Montag ausgebrochene Arbeiterstreik in Breslau ist beendet, da die Unternehmer eine Lohnerhöhung von 7 Prozent anerkannt haben. Arbeitsaufnahme Mittwoch früh.

Die diesjährigen Reichswehrmanöver werden unter Teilnahme Sedats Ende September in Sachsen an der böhmischen Grenze abgehalten werden.

Der Preussische Staat hat von frankfurter Stimmlosen Altona des Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerks übernommen. Zu welchem Preis ist unbekannt.

Der Berliner Raditsch hat dem Jugoslawischen König das Treuebekenntnis abgelegt. Im Gegensatz zur Raditschpartei behauptet die kroatische „Bereinigung“ den Kampf für die Unabhängigkeit Kroatiens fortzuführen.

Ende August findet in Katal eine Konferenz zwischen Island, Estland, Lettland und Polen statt, die offensichtlich zuträufliche Ziele hat und hinter der England steht.

Der Vorsitzende des amerikanischen Flottenauschusses fordert den Ausbau eines großen Flottenstützpunktes am Stillen Ozean in der Bucht von San Francisco. Er wird das Summen von 30 Millionen Dollar kosten.

Im sogenannten „Affensprozess“, der größten Komödie in Amerika, wurde der wegen Verbreitung der Darwinischen Entzündungslehre angeklagte Professor Screeps zu hundert Dollar Geldstrafe verurteilt.

störung des vorliegenden kurzen Berichtes aus dem sogenannten Aggar-Enquete-Ausschuss und bemühte sich krampfhaft, nachzuweisen, daß die Männer der Wissenschaft in allem Wesentlichen der Regierung recht gegeben hätten. Erleichtert wurde ihm dieses Auslegespiel durch die Tatsache, daß das Gutachten der bürgerlichen Professoren weder kalt noch warm, weder Fisch noch Fleisch ist, eine für die bürgerliche Wissenschaft typische Halbheit.

Von den Demokraten sprach Dietrich-Baden, der sich offen für ein Kompromiß aussprach. Für die Sozialdemokraten sprach Toni Sender sehr temperamentvoll, was sie zum Schluss nicht hinderte, den Reichsparteien das Anerkennen einer loyalen Opposition zu machen. Die Mehrheitsparteien jedoch ließen sich auch dadurch nicht rühren, sondern kämpften mit konstanter Boshheit von den Wählern bis zum Zentrum. Man will eben die Vorlage durchgehen ohne Zeitverlust und außerdem scheut man sich, den augenblicklichen Kuhhandel hinter den Kulissen durch irgendeine vorläufige Festlegung vorn auf der Bühne zu führen.

Genosse Hoernle bezeichnete die Schweigekartell der Mehrheitsparteien als einen Beweis für die Tatsache, daß sie vor einer sachlichen und ausgiebigen Prüfung der vorliegenden, insgesamte Leben des arbeitenden Volkes einschneidenden Probleme zurückgehen und lieber ganz offen und brutal das Profitinteresse ihrer kapitalistischen Auftraggeber vertreten. Die Halbheit der bürgerlichen Sachverständigen beruht darin, daß sie die Industriezölle einfach als gegebenes Faktum voraussetzen und auf Grund dessen zur Forderung landwirtschaftlicher Zölle kommen. Unser Kampf richtet sich sowohl gegen Industriezölle wie gegen Agrarzölle, gegen die Zollzölle wie gegen die Fleischzölle. Scharf brandmarkte Genosse H. die Gleichgültigkeit, mit der Regierung und Mehrheitsparteien den sozialen Auswirkungen ihrer Gesetzesvorlage gegenübersehen.

Die Kommunisten werden den hartnäckigen Kampf gegen jedes Kompromiß — auch gegen die sogenannten Berechtigungsätze, die nur der Spekulation Tor und Tür öffnen, — führen.

Unaufhörlich Stilllegungen im Ruhrgebiet

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 21. Juli.

Die bürgerliche Presse meldet aus dem Ruhrgebiet: Die Befürchtung, daß die schwere Krise des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues sehr schnell auf die gesamte Schwerindustrie übergreifen werde, sind in vollem Maße eingetroffen. Der Rohreien ablag, der im Frieden 300 000 Tonnen monatlich betrug, ist bereits auf 70 000 Tonnen zurückgegangen. Aber fortwährend kommen neue Betriebsstilllegungen hinzu. Die Wellentrichter Bergwerksaktiengesellschaft hat am Sonntagabend zwei Hochofen geschlossen, so daß von den neun Hochofen der Gesellschaft nur noch zwei in Betrieb sind. Auch auf der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen sind zwei Hochofen außer Betrieb gesetzt worden, und die Gute-Hoffnung-Hütte in Oberhausen beschäftigt, neben einem Hochofen auch ihr großes Martinwerk. Hilfszulegen; damit werden weitere 800 Mann arbeitslos. Auch von der Lurenburgischen Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, der die Friedrich-Wilhelm-Hütte in Mülhausen gehört, werden ähnliche Maßnahmen gemeldet. Das große Stahlwerk Bochumer Verein entläßt Ende Juli 500 Mann. Heberall erfolgt gleichzeitig Schichtveränderung, so daß sich die Lage der noch im Lohn befindlichen Arbeiter außerordentlich verschlechtert.

Die Stilllegungen im Kohlenbergbau gehen unaufhaltsam weiter. Am 1. September soll die große Zeche Glück auf wegen und Kaiser Friedrich den Betrieb einstellen. Die Firma Thyssen hat auf ihren Schächten in Hamborn und in Weshoven 1 und 2 und Lohberg 1 und 2 1200 Bergleute gestündigt. Auf allen Schachtanlagen sind Feierlichkeiten an der Tagesordnung. Die Arbeiterentlassungen auf der Zeche Rheinbreuken belasten die Stadt Homburg derart, daß die Stadt zahlungsunfähig geworden ist und eine Deputation nach Berlin geschickt hat, damit das Reich wenigstens einen Teil der Kosten übernimmt. Eine Entscheidung von größter Tragweite. Die Stadt Homburg steht gleichfalls vor den größten Schwierigkeiten. Da der Demobilisierungskommissar die Stilllegung der beiden großen Nordsternschächten angeordnet hat und nahezu 4000 Bergleute davon betroffen werden.

Man kann die schwere Misstrie im Bergbau nicht leugnen! Es zeigt sich aber auch, daß die rigorosen Maßnahmen der Beherrschenden häufig auch Kampfmaßnahmen gegenüber der Arbeiterschaft sind, um sie zur weiteren Nachgiebigkeit in Lohn- und Arbeitszeitfragen zu zwingen. Auf der Gewerkschaft Konstantin der Große bei Bochum wurden die Roterebeiter zweier Zechen ausgesperrt, weil sie sich geweigert hatten, eine neue Arbeitszeitverordnung anzunehmen.

Berliner NSD.-Demonstration gegen den Zollwucher

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. Juli.

Der Ortsausschuss Berlin des NSD. und der Bezirksverband der NSD. Groß-Berlins haben sich unter dem Druck der Arbeiterschaft gezwungen gesehen, auf Freitagabend eine öffentliche Protestkundgebung im Lustgarten gegen die vor dem Abschluß stehenden Zollwucherpläne einzuberufen. Die Funterpresse ist darüber, daß die Massen der beschäftigten Einflüsse der NSD. und NSD.-Führer zu empfinden beginnen, außer höchste Erbst. Die Deutschnationalen „Kreuzzeitung“ ruft den sozialdemokratischen Volksrepräsentanten Graesinski zur Pflicht und fordert die Schutzpolizei auf, rechtzeitig Maßnahmen zur Sicherung des freien Verkehrs zu treffen. Der Volksblock-Bundesgenosse, das Zentrum, das bereits allen Anschlägen der Reaktion gegen die arbeitende Bevölkerung nachgegeben hat, erklärt sich ebenfalls bei dieser Gelegenheit. Die „Germania“ wertet über die Kundgebung und meint, diese Art des Kampfes gegen die Schanzzölle sei am wenigsten geeignet, eine sachliche den Interessen der Bekanntheit dienende Lösung der Frage herbeizuführen. Sie erinnert die NSD. an ihre Pflichten und sonstigen Gewohnheiten und hält den Plan einer Straßendemonstration gegen Parlamentsbeschlüsse oder Parlamentssprechungen für einen besten Rückfall in alte Methoden, die im Zeichen des parlamentarisch-demokratischen Regierungsgeschlechts weniger am Platze sind, denn je.

Die NSD. hat sofort dem NSD. ihre Bereitwilligkeit erklärt, ebenfalls zur Demonstration im Lustgarten aufzurufen und eigene Redner zu stellen. NSD. und NSD. fürchten natürlich, sich dadurch vor der Bourgeoisie noch mehr zu kompromittieren und haben den Vorschlag der NSD. trotzdem er sofort nach Bekanntwerden des Demonstrationsplans durch die Berufsämter im „Vorwärts“ gestellt wurde, als unerwünscht zu spät eingelangt, abgelehnt. Die kommunistische Arbeiterschaft Berlins wendet sich selbstverständlich durch eine scharfe Sabotage der Einheit der Arbeiterklasse, vor der die NSD.-Führer selbst in diesem für das deutsche Proletariat ausbleibenden Augenblick nicht zurückschrecken nicht von der einheitlichen und geschlossenen Kampfdemonstration abgucken lassen.

Aus den Gewerkschaften

Ortsauschuß des AOB. Breslau

Ruffert gegen die Amnestieaktion der NS.

Am 16. d. Mis. trat der Ortsauschuß des AOB. zusammen. Arbeitersekretär Wolfert referierte über die neue Reichsverfassung, die wesentliche Verschlechterungen für die Arbeiterinnen, besonders für die unehelichen bringt und kündete den härtesten Kampf des AOB. an. Genosse Schild verlangte, daß der AOB. bei dieser Gelegenheit auch den Kampf gegen den § 218 führe.

Ruffert lehnte dies mit den schändlichsten Begründungen ab. Ferner befahte sich der Ortsauschuß mit den Kampfmaßnahmen des AOB. gegen den Zollwucher. Kollege Sporn (Buchdrucker) trat dafür ein, daß die Gewerkschaften diesen Kampf allein ohne Verbindung mit der SPD. führen sollen.

Genosse Schild stellte den Antrag, daß der AOB. falls er diesen Kampf in Verbindung mit politischen Parteien führt, sich nicht nur an die SPD., sondern auch an die KPD. wenden soll. Dieser Antrag wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Damit dokumentiert der Ortsauschuß wieder einmal, daß er keinen einheitlichen Kampf aller Arbeiter will, sondern sich als ein Anhängsel der SPD. betrachten.

Diese Tendenz trat noch krasser bei einem Antrag des Genossen Schild, betreffend die Amnestieaktion zutage.

Genosse Schild stellte nämlich folgende Resolution, welche die von ihm vertretenen graphischen Hilfsarbeiter einstimmig angenommen hätten, zur Debatte:

Der heute im Gewerkschaftshaus tagende Ortsauschuß des AOB. ist empört über den von der Regierung veröffentlichten Amnestieentwurf. Er erklärt in dieser heuchlerischen Scheinamnestie eine Verhöhnung der Arbeiterklasse. Wenn nach diesem Amnestieentwurf sollen nur die Rappberber und sonstige Angehörige rechtsergriffener Organisationen amnestiert werden, während die proletarischen politischen Gefangenen weiter in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten sollen. Nicht amnestiert werden z. B. die verurteilten Streikführer Reichshammerleite. Der heute tagende Ortsauschuß fordert deshalb von den Reichs- und Landesregierungen die sofortige Vollamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen und die Niedererschlagung der noch schwebenden Verfahren.

Die heute Versammlung beauftragt ferner den Vorstand, sich sofort, gemäß dem Beschlusse vom letzten Gewerkschaftstages in Leipzig und dem einstimmigen Beschlusse der vorgelagerten tagenden Graphischen Hilfsarbeiter Breslaus, mit der Reichs- und Landesregierung, welche den Amnestiekampf führt, zwecks gemeinsamen Kampfes in Verbindung zu setzen. Sie verlangen weiter vom Landesvorstand des AOB. Schließen und dem Bundesvorstand des AOB. daß er die gleichen Schritte unternimmt, damit so schnell wie möglich die proletarischen politischen Gefangenen ihren Angehörigen wiedergegeben werden.

Die Waldenburger oppositionellen Betriebsräte für Amnestie und Gewerkschaftseinheit

Am Sonnabend, den 18. Juli fand in Waldenburg eine Sitzung der oppositionellen Betriebsräte statt. Es wurde über die wachsende Krise der deutschen Industrie und die drohenden Konflikte wie im Reich so auch in Waldenburg beraten und Beschlüsse zur Organisierung der Abwehrkämpfe gefaßt. Im Laufe der Sitzung wurde je eine Resolution zur Amnestiefrage und zur Gewerkschaftseinheit angenommen. Diese lauten:

Forderung nach Amnestie.

Die am 18. Juli in Waldenburg tagende Konferenz der oppositionellen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre fordert die sofortige Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen. Die Versammelten betrachten den Amnestieentwurf der Regierung, der alle nach dem Oktober 1923 vorgelassenen Vergehen nicht unter die Amnestie fallen lassen will, als eine neue Provokation des Proletariats. Die Versammelten geloben, mit allen Kräften und Mitteln zu arbeiten, bis zur Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Resolution zur Gewerkschaftseinheit.

Die am 18. Juli in Waldenburg tagende Konferenz der oppositionellen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre beschließt die Bestrebungen der englischen und russischen Gewerkschaften, eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale zu schaffen. Die Versammelten verpflichten sich, in ihren Gewerkschaften für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit zu wirken, um allen imperialistischen Gefahren entgegenzutreten.

Die Waldenburger Bergarbeiter zum Gewerkschaftstongreß

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)
Am Sonntag, den 19. Juli fand in Weichseln eine Zahlstellenversammlung des AOB. statt. Es wurde ein Referat über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, über die wachsende Krise und über die Auswirkung der Schulden und Steuern gehalten. Im Verlauf der Sitzung nahmen die Kameraden u. a. zum Gewerkschaftstongreß Stellung. Folgende Anträge fanden einstimmige Annahme:

Zur Frage der Arbeiterdelegation nach Rußland.

Der Gewerkschaftstongreß beschließt, eine mehrgliedrige Kommission nach Rußland zu entsenden. Diese Kommission hat zur Aufgabe, die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse der russischen Arbeiter zu prüfen und den deutschen Arbeitern darüber einen wahrheitsgetreuen Bericht zu geben.

Zur Frage der Industrieverbände.

Der Gewerkschaftstongreß bekennt sich zu dem Grundsatze, in jedem Betriebe ein Verband zu bilden und beschließt, daß die verwandten Organisationen zu Industrieverbänden vereinigt werden.

Zur Frage der Gewerkschaftseinheit.

Der Gewerkschaftstongreß beschließt, auf die Verschmelzung der beiden Gewerkschaftsinternationales hinzuwirken. Von irgendwelchen Vorrechten der einen Internationale gegenüber der anderen darf hierbei nicht die Rede sein. Die Herstellung der Gewerkschaftseinheit ist notwendig, um der drohenden imperialistischen Gefahren entgegenzutreten zu können.

Ein Antrag auf Entsendung einer Delegation nach Rußland sowie eine Amnestieforderung wurden ebenfalls einstimmig angenommen.

Die Wichtigkeit der einstimmigen Annahme der oben angeführten Anträge wird durch die Tatsache gesteigert, daß Weichseln die stärkste Zahlstelle im Waldenburger Revier ist und gegenwärtig über 1200 Mitglieder zählt.

490 Unterwürigen

Für die Amnestie sammelte allein der Genosse Härtel, Landeshut.

Und Du?

Wenn auch für die anderen Zahlstellen die Möglichkeit nicht mehr besteht, Anträge zum Gewerkschaftstongreß zu stellen, so müssen sie doch zu den in Weichseln behandelten Fragen ebenfalls Stellung nehmen. Nur durch beharrliche und planmäßige Arbeit wird es nach und nach möglich sein, die Mitglieder der freien Gewerkschaften für den nationalen und internationalen Kampf gegen die Ausbeuter zu gewinnen.

Die Zahlstelle Weichseln des AOB. für Amnestie und gegen die Schulden-Vorlage

In der am 19. Juli in Weichseln tagenden Zahlstellenversammlung des AOB. wurden nachstehende Anträge zum Gewerkschaftstongreß angenommen:

Antrag zur Frage der Amnestie.

Der Gewerkschaftstongreß fordert von der Regierung die sofortige Freilassung sämtlicher proletarischer politischer Gefangenen. Er protestiert gegen die Absicht der Regierung, die nach dem Oktober 1923 gefassten Vergehen nicht unter die Amnestie fallen zu lassen. Durch diese Maßnahme sollen alle die Proletarier, die durch die Auswirkung der Inflation zu Verurteilungen gezwungen wurden, weitere Monate und Jahre ihrer Freiheit beraubt bleiben. Der Gewerkschaftstongreß fordert alle Mitglieder auf, mit allen Mitteln für die Befreiung der proletarischen Gefangenen zu arbeiten.

Antrag zur Schulden-Vorlage.

Der Gewerkschaftstongreß beschließt, den härtesten Kampf gegen die Schulden-Vorlage der Regierung zu führen. Zur wirksamen Unterstützung dieses Kampfes wird ein demonstrierender Generalstreik über ganz Deutschland proklamiert.

Die deutsche Arbeiterdelegation in Rußland

Moskau, 19. Juli. Die deutsche Arbeiter-Delegation trifft in Moskau erst Montag ein, unterdessen setzt sie das eingehende Studium der Verhältnisse in den Leningrader Betrieben fort. Außer den Putilow-Werken, deren Besichtigung erst Sonnabend abgeschlossen wurde, besuchte die Delegation die elektrotechnische Fabrik „Elektrosila“, eine Möbelfabrik, eine Weberei, die Gummifabrik „Krasny Treugonit“, die Zigarettenfabrik „Wizit“, die Staatsdruckerei, eine Metallfabrik, ferner das Leningrader Büro der Metallarbeiter-Gewerkschaft, wo die Delegierten die Tätigkeit der Gewerkschaft kennen lernen.

Beim Besuch eines jeden Betriebes, der mehrere Stunden in Anspruch nahm, fragten die Delegierten über alle Einzelheiten, über die Arbeitsverhältnisse, Lohn, Verpflegung, Arbeitsdauer, Krankenkasse, Stand der Produktion, politische Rechte, Kulturarbeit, gewerkschaftliche Arbeit, Frauenarbeit usw.

In der Fabrik „Elektrosila“ fragten die Delegierten, wie die Profite des Betriebes verteilt werden und erfuhr, daß 25 Prozent dem Staatsfonds zugeführt, 10 Prozent für den Fonds zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter, und die übrigen 65 Prozent zur Erweiterung der Produktion verwendet werden. Die Delegierten hielten es zuerst für einen Uebersehungsfehler, als sie erfuhr, daß die Lehrlinge einen dreimonatigen Urlaub erhalten.

In der Möbelfabrik stellten die Delegierten fest, daß die Qualität der Produktion nicht unter der Qualität der deutschen Produktion steht und daß der Lohn der russischen Holzarbeiter der gleiche, teilweise höher wie in Deutschland ist, bei billigeren Lebenshaltungskosten.

In der Weberei stellten die Delegierten fest, daß das administrative Personal, die Meister und der Fabrikdirektor usw. aus Arbeitern des Betriebes hervorgegangen sind und wunderten sich, daß die Frauenarbeit gleich wie die Männerarbeit bezahlt wird, ferner besichtigte sie auch das Ambulatorium, den Klub usw.

In der Gummifabrik „Krasny Treugonit“ erlaubten die Delegierten, daß infolge der gesundheitsschädlichen Produktion ein sechsstündiger Arbeitstag und ein Urlaub von einem Monat für sämtliche 14000 Arbeiter des Betriebes eingeführt wurden, wovon gegenwärtig 2000 auf Urlaub sind, aus dem Lande und in Kurorten. Der Arbeitslohn betrug 1913 40 Rubel, 1923 35 Rubel und gegenwärtig beträgt der Lohn bereits 20 Prozent mehr als in der Vorkriegszeit.

In der Staatsdruckerei stellten die Delegierten fest, daß der Durchschnittslohn um 25 Prozent höher ist als in Deutschland, abgesehen von den materiellen Vergünstigungen, die aus der russischen Arbeitsgesetzgebung hervorgehen.

Eine Gruppe der Metallarbeiter-Mitglieder der deutschen Delegation schloß sich zum Besuche der Leningrader Metallwerke zusammen, wo sie die Produktions- und Arbeitsverhältnisse genau studierte. Nach Einisch in die Werkstätten und nach Unterhaltungen mit den Arbeitern stellte die Delegation fest, daß die Lebensverhältnisse bedeutend besser sind als in Deutschland.

Der sozialdemokratische Delegierte Theodor Oberhagen schreibt: „Trotz einer gewissen Vorurteilhaftigkeit, mit der ich herantrete und trotzdem ich mir noch keine endgültige Meinung über das Geschehene bilden konnte, kann ich jetzt schon erklären, daß in Sowjetrußland die Grundlagen einer neuen Welt geschaffen worden sind, einer Welt, wo alle Menschen glücklich sein werden. Das Bewußtsein der Massen hat den russischen Arbeitern die Möglichkeit gegeben, materielle Not zu ertragen. Ich bewundere es, mit welcher aufopferungsvollen Liebe das kommunistische Rußland seiner Gesellschaftsordnung ergeben ist. Es lebe der revolutionäre Wille der russischen Arbeiter!“

Unerhörte Schikanen gegen die Rumpels

Bittorarbe bei Göttersberg.

(Von unserem Berichterstatter.)
Bekanntlich werden ab 15. Juli auf dem Mayrau-Schacht zwei Abteilungen stillgelegt. Die Mannschaften der betreffenden Abteilungen sind verteilt worden auf die Fuchgrube, auf die Gussgrube, auf den Ggnon-Schacht und auf den Tagebetrieb Ggnont. Durch diese Verteilung sind Härten entstanden, da die betreffenden Leute entweder einen sehr weiten Grabenweg haben oder, wie im Tagebetrieb, eine längere Arbeitszeit haben und weniger verdienen. Viele von den Leuten nehmen sich demzufolge den Abscheu, um anderweitig Arbeit zu suchen. Wer nun glaubt, die Leute bekommen ohne weiteres ihren Entlassungsgeld, da sie doch auf dem Mayrauschacht nicht mehr beschäftigt werden können, der täuscht sich. Im Gegenteil, man macht den Leuten die größten Schwierigkeiten. Erstens nicht man ihnen als Rationalsstraße drei Schichten vom Arbeitslohn ab. Zweitens hat ein Arbeiter dieses Jahr bereits Ferien gehabt, so wird diesem nun die Hälfte der Ferien vom Arbeitslohn abgezogen.
Ihr wahres Gesicht zeigte die Verwaltung am Freitag, den 18. Juli. Bei der an diesem Tag erfolgten Abschlagszahlung spernte die Verwaltung den Leuten, die sich die Papiere

geholt hatten, den Abschlag, trotzdem diese nicht doch sechs bis sieben Schichten an Abschlag, sondern auch noch einen halben Monat Lohn zu erhalten haben.

Wer die elende Lage der Waldenburger Bergarbeiter kennt, kann sich von der brutalen Handlungsweise der Verwaltung, den Arbeitenden ihr wohlverdientes Geld zu sperren, einen Begriff machen. Selbst die Hilfslenten glauben, den Bergwerken führenden Arbeitern propagieren entgegenzusetzen zu müssen. So wurde einem ledigen Arbeiter hier erklärt, sein Vater werde ihn auch ohne Abschlag beschäftigen. Der Berginspektor versucht sich zumal, indem er erklärt, die harten Maßnahmen seien auf Anordnung der Verwaltung Weichseln getroffen.

Wer ist nun schuld? — Alle.
Die Verwaltung und die Unternehmer werden solange solche streiche Maßnahmen ergreifen, solange die Belegschaft es nicht fallen läßt.

Bezahlung unter Tarif

Baustirma Mühlenhaus auf dem Julius-Schacht.

(Von unserem Berichterstatter.)
Trotz der lobenden Rezensionen im Baugewerbe sieht sich der Baustirma Mühlenhaus sehr stark. Für seine Projekte zu steigern, beschäftigt er bei den Hochbauarbeiten Kollegen von den Tiefbauarbeiten und entlohnt sie nach dem Tiefbauarbeitslohn, wobei er, an jedem Arbeiter 20 Pfg. pro Stunde in die Tasche stecken kann. Die Kollegen vom Hochbau verlangen nicht, daß ihre Kollegen ebenfalls nach dem Hochbauarbeitslohn entlohnt werden. Darauf erklärt der Unternehmer, er denke nicht im Geringsten daran, diese Forderung zu erfüllen. Dabei sagte er:
„Ich nehme den Kampf auf, ganz egal, wie er tomt.“
Es wird mit Ausbruch des Streiks gerechnet, da die Kollegen vom Hochbau von ihrer gerechten Forderung nicht ablassen wollen.

Colales

Ein Schurle

Wir berichten bereits, daß vor einigen Wochen ein Anführer unserer Buchhandlung, Trebather Straße 50, abgerufen und gefoltert wurde. Wir prangerten diese Tat geblühend an und erkalten daraufhin folgende Karte:

„Wir haben zur „Roten Hilfe“ kein Vertrauen, denn wir haben viel erfahren. Dann sind wir mit Euch einverstanden, daß die Gefassten in einen Hungerstreik eintreten, aber das müßte ein Dauerstreik sein. Der Staat mehr Wirkung hätte, damit ihre Wohnstätte (Zelle) recht bald wieder besetzt werden könnte, sonst tritt dort Wohnungsnot ein. Hohe sollte sich wie die andere Gefassten bezeichnen, dann tut ihm niemand etwas zu Leide. Es freut sich, ob er hier in Breslau so weiter simulieren wird.“

Der Bursche mit dem Schurlestreik.

Wir sind dem Schreiber dieser Zeilen bereits auf der Spur und wenn er erwischt wird, können wir ihm garantieren, daß er das Lebensmal gegeben hat. Aufscheinend handelt es sich bei diesem Burschen um einen, der in Gefängnisinternitas durchaus eingereicht ist.

„Vollswacht“ Gemeinheiten gegenüber der „Roten Hilfe“

Von der Roten Hilfe wird uns geschrieben: Anstatt dafür zu kämpfen, daß die Regierung gestürzt wird, die sofortige allgemeine Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen zu erlassen, eröffnet die „Vollswacht“ in ihrer Montagnummern eine wilde Schimpfkampagne gegen uns. Wir werden verächtlich, ein rein kommunistische Organisation zu sein. Niemand wird behaupten, weil Harsing Bundesvorsitzender des Reichsbundes, oder Hugo Frey, Gauleiter ist, daß diese Organisation sozialdemokratisch sei. Deshalb sind wir nach Ansicht von „Vollswacht“-Redakteuren nicht dazu qualifiziert, für die Befreiung der politischen Gefangenen zu kämpfen. Nun, wir begreifen die wüste Hejhanone der lieben Sarie aus der Fuchstraße. Die Arbeit unserer Mitglieder und nicht zuletzt der sozialdemokratischen Mitglieder unserer Organisation ist in Schelfen von Erfolg gekrönt. Trotz der Zerwürf und Morddelegierten haben neben Tausenden Parteimitgliedern über 1000 sozialdemokratische Arbeiter unsere unterschriebenen unterzeichnet. Diese Arbeiter bewiesen damit, daß sie unseren Kampf um die Vollamnestie für notwendig halten, trotz demagogischer Sabotage sozialdemokratischer Redakteure. Aber nicht nur sozialdemokratische Arbeiter unterzeichnen unsere Villen, sondern auch prominente Breslauer S.W.D.-Mitglieder. Anstandslos erhielten unsere Mitglieder die Unterschrift von dem 30A-Sekretär Schramm und von Dr. Marc, Stadtverordneter. Damit zeigen diese Führer, daß sie ebenfalls mit dem Geschimpfe der Verbaum usw. nichts zu tun haben wollen. Sarau können die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, daß die „Vollswacht“ selbst in Führerrollen nicht ernst genommen wird. Seit Tagen hat die „Vollswacht“ unseren Brief an den AOB. Landesauschuß Schellen an das Reichsbanner usw. zur Veröffentlichung in Händen. Warum werden die Briefe nicht veröffentlicht? Am Mittwoch vergangener Woche nahmen die Breslauer Hilfsarbeiter eine Resolution für Vollamnestie einstimmig an. Trotzdem der „Vollswacht“ die Resolution zugesandt wurde, ist die Veröffentlichung bis heute noch nicht erfolgt. Wir überlassen es der Arbeiterklasse, zu entscheiden, wer die Saboteure der Vollamnestie sind.

In der Straßstraße

gegen den Redakteur Erich Gensch aus Berlin, geboren am 1. August 1893 in Altenburg, wegen Beleidigung.

hat das Amtsgericht in Breslau am 12. Juni 1925 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung zu 8) (Achtzig) Reichsmark Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtbeurteilungsfalle für je 10 (Zehn) Reichsmark ein Tag Gefängnis tritt, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Die Nummer 26 der Schließlichen Arbeiterzeitung vom 31. Januar 1922 mit Ausnahme der Beilage sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen.

Dem Beleidigten Amtsgerichtsrat Kühn in Freiburg, Sch. wird die Befugnis zugesprochen, binnen 1 Monat nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils an ihn, den zu erkennenden Teil des selben durch einmalige Einrückung in die Schließliche Arbeiterzeitung auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen.

Na also!

Endlich auch eine Friedrich-Eberstraße

Warum soll auch Breslau, die Stadt der „eingeschlichen“ und „überzeugten“ Republikaner (siehe unsere Zentralkommunikation im Stadtparlament) nicht eine Straße nach dem größten Mann der Republik benannt haben? Es ist geschehen. Heute teilt der

Heute Mittwoch, den 22. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Subertusstraße, Friedrich-Wilhelm-Straße: Alle Politischen und organisatorischen Leiter müssen bereits um 6 Uhr zu einer außerordentlich wichtigen Sitzung erscheinen.

Mitglieder-Generalversammlung

Partei- und Gewerkschaftsbuch muß als Ausweis mitgebracht werden.

Volkswirtschaftlicher Ausschuss mit: daß zur Erhaltung des verstorbenen Reichspräsidenten Ober die Biergartenstraße östlich der alten Ober die Bezeichnung Friedrich-Ebert-Straße erhalten habe. Die Willensbetreiber im Eigentümer Park werden sich keine Beschwerde einlegen, obgleich ein formaler Antrag vorliegt, wenn man Friedrich-Ebert als das Symbol der deutschen Republik hinstellt, denn dieser Mann stand noch im September 1918 auf dem Standpunkte, Wilhelm II. solange zu halten, wie es irgend geht.

Termist wird ab 13. 5. der Buchbinderlehrling Erich Stupin, am 18. 7. 1907 in Breslau geboren, Nordwestr. 25 wohnhaft gewesen. Er ist 1,68 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und blaue Augen. Bekleidung: dunkelblauer Nadelstreifenanzug. Personen, die über den Verbleib des Vermissten Angaben machen können, werden gebeten, dies bei der Kriminalpolizei Schupstraße 46, Zimmer 7, zu tun.

Der Reichsbankglaubiger-Verband hielt gestern abend eine öffentliche Volksversammlung im Schicksal ab. Wir werden in unserer morgigen Nummer ausführlich auf diese Versammlung zurückkommen.

Aus der Provinz

Wie man's tut, tut man's unrecht

Es ist eine allbekannte Tatsache, daß die greisen Leute immer unzufrieden sind und zur Gemüthsheit haben, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zu brummen. Sie jungen Leute nehmen dieses Gebrumme nicht ernst, weil sie genau wissen, daß hier nur der Tod helfen kann. Eine von diesen alten Leuten ist die Tante „Bergwacht“. Durch ihr Gebläse, welches sie vor einiger Zeit gegen das „Berg-Sch“ und die Kommunisten entlassen hatte, ist sie um einige Hundert Abonnenten gekommen und hat in kluger Erkenntnis das Gebläse eingestellt. Nun ist in der Bibel zu lesen, daß der Geist wohl willig ist, das Fleisch aber schwach. Die alte Tante kann halt vor ihren lieben Gemüthsheiten nicht lassen und brummt schon wieder. Früher klagte sie darüber, daß die Kommunisten und ihre Kreise ein zu großes Maul hatten, jetzt hält sie sich darüber auf, daß nach der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftsfest im Metallarbeiterverband in Breslau die Kommunisten die Sprache verloren haben. Ja, ja, die alten Leute! Wenn die Tante jünger gewesen wäre, hätte sie es bestimmt nicht übersehen, daß nach denselben Wahlen in Freiburg, wo die Opposition mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde, und in Schwelm, wo die Reformisten zum Ziel keine einzige Stimme erhielten, die Kommunisten ebenfalls nicht viel Worte gemacht haben.

Der Spitzbartknecht in Jellhammer will natürlich hinter der Tante nicht zurückstehen und brummt ebenfalls. Allerdings muß zu seiner Ehre gesagt werden, daß er seinen Worten auch Taten folgen lassen will. Da die Friedhofsumzäunung in Jellhammer zahlreiche Löcher aufweist, und so den wilden Karnickeln die Möglichkeit gegeben ist, die Blumen zu fressen und da der Spitzbartknecht keine Angst vor wilden Karnickeln hat, will er sich im Interesse der Allgemeinheit für einige Nächte als Wächter auf den Friedhof stellen. Sicherheitsbehörden teilen wir dem Onkel mit, daß er im Falle eines Falles nur laut zu rufen hat. Auf seinen Ruf werden unsere Jungparasiten gelassen kommen und werden die wilden Karnickel verjagen.

Weißstein. Ein schamloser Ausbeuter (Leint der Gasthausbesitzer des „Tiroler Hofes“ zu sein. Das bei ihm beschäftigte Dienstmädchen erhielt einen Lohn von 20 Mark und mußte des öfteren bei der Renovation des Gebäudes von halb sechs Uhr früh bis zwei Uhr nachts arbeiten. Als das Dienstmädchen für diese Überarbeit begehrt um eine kleine Vergütung hat, erklärte der Herr Hamisch, daß 20 Mark nicht so wenig verdient seien, wenn aber das Mädchen auf diese Erklärung hin sich nach einer anderen Stellung umgesehen habe, wolle der noble Herr sie nicht gehen lassen. Allerdings hatte er sich verrechnet, da das Mädchen auch ohne seine Zustimmung seinen Willen durchsetzte. Anheinz hat Herr Hamisch bereits vergessen, daß noch im vergangenen Jahr er selbst als Oberkellner zu den Ausbeutern gehörte und sich so manches von den Gasthausbesitzern gefallen lassen mußte.

Waldenburg. Messerliche Mord. Im Grenzgebiet in der Wäldigen-Barde auf dem Fuchsberg 60 zwischen den dort lagernden oberösterreichischen Arbeitern eine Mordthat. Zwei

Männer wurden schwer verletzt. Es sind dieselben Oberschleier, die bei ihrer Ankunft in Waldenburg schwarz-weiß-rote Fahnen mit sich führten, und um deren Unterbringung die Grubenbetriebe sich so viel Mühe gab.

Waldenburg. Gegen die Nacharbeit im Bädergewerbe. Eine Versammlung der Bädergesellen nahm eine Entschloßung an, in der sie gegen die geplante Wiedereröffnung der Nacharbeit energig Stellung nimmt. Jeder Klassenbewußte Arbeiter muß die Bädergesellen in diesem ihren Kampfe ausser Acht lassen. Die Arbeiter des Waldenburger Hungerlandes sind nur selten in der Lage, sich auch nur eine Semmel zu leisten. Die Wiedereröffnung der Nacharbeit im Bädergewerbe soll nur im Interesse der bestehenden Schichten geschehen.

Waldheimstättenlotterie. Fast sämtliche Gemeinden des Kreises, sowie auch einige Privatleute haben auf die Auszahlung der ihnen bei der Ziehung zugefallenen Gewinne zugunsten der Waldheimstätten verzichtet.

Ein deutscher Tag ist von dem „Stahlhelm“ für den 22. bis 24. August in Waldenburg geplant. Die Zeiten von 1918 und 1923 haben die Nationalisten anscheinend bereits vergessen. Besonders nach der Hindenburgwahl fühlten sie sich auch in dem proletarischen Waldenburg Herr im Hause. Wenn das Reichsbanner tatsächlich das ist, was es zu sein vorgibt, wird es auf die Provokation der Schwarz-weiß-roten irgendwie antworten müssen.

Sandberg. Ein schwerer Unfall ereignete sich hier am Freitag, den 17. Juli, in den Nachmittagsstunden. Ein mit Eisengeräten beladener Wagen streifte die Elektrische, zertrümmerte in dem ersten Wagen eine Scheibe und ruierte den Anhängen vollständig. Der einzige im Anhänger sich befindende Fahrgast, der minderjährige Sohn des Schneidemeisters Krumm, wurde schwer verletzt. Der Junge trug eine Kopfverletzung, einen Arm- und Beinbruch davon. Wen die Schuld an dem Unglück trifft, ist schwer festzustellen. Da der Zusammenstoß auf gerader Straße erfolgt ist, ist es sonderbar, daß nicht der erste Wagen der Elektrischen, sondern nur der Anhänger ruiniert wurde.

Ober-Waldenburg. Sprechstunde des Mieter-Vereins. Diese werden jeden Sonntag, vormittags von 8 bis 9 Uhr, im „Friedrichsplatz“ abgehalten. Das Mitgliedbuch ist mitzubringen.

Rothendach. Ein Gasthaus mehr. Der hiesige Ort soll um ein weiteres Gasthaus bereichert werden, trotz der tatsächlich genügenden Anzahl derselben. Es soll die Konzession für die zu errichtende Bahnhofs-Kaffeehaus vergeben werden.

Arbeiterport

Au die Olympiadebefugter Schlesiens!

Rekte Kandidaten zur dringenden Beachtung empfohlen.

1. Gesellschaftsfahrten.

Die von Sammelstationen Nittersbach, Hirschberg und Görlitz abfahrenden Genossen werden noch einmal daran erinnert, daß die

Abfahrt von Nittersbach um 7.49 Uhr früh, Abfahrt von Hirschberg um 9.48 Uhr vormittags, Abfahrt von Görlitz um 1.21 Uhr mittags, erfolgt. Die Belegung der Züge mußte wegen Betriebschwierigkeiten der Reichsbahn erfolgen.

Für alle Sammelstationen gilt: Weites Schild mit Aufschrift oder Olympiadeemblem, welche Armbinde des Leuzers und Bundesadler als Erkennungszeichen.

Ausweise über eingezahlte Fahrgelder sind von einem Vertreter jedes Vereins herzuführen. Nachlösung von Fahrkarten für Gesellschaftsfahrt ist an der Sammelstation (falls Zeit) noch möglich. Nur jedoch nur durch den betreffenden Leiter geschehen. Also sofort durch den Vereinsvertreter einziehende Fahrkarten einlösen.

Sammlung Gleiwitz

An letzter Stunde sind 18 Anmeldungen aus Hohl-Oberschlesien eingegangen, so daß Gesellschaftsfahrt von Gleiwitz bis Genuß für 12 Teilnehmer möglich. Leiter Albert Kolbe, Gleiwitz, Bergwerstr. 36. Sollte durch schlechte Postverbindung usw. die Gesellschaftsfahrt nicht möglich sein, erfolgt am Bahnhof Gleiwitz durch Genossen Kolbe, Erkennungszeichen wie oben. Rückzahlung eingezogener Fahrgelder. Die oberösterreichischen Teilnehmer lösen sich, falls keine Gesellschaftsfahrt, Gleiwitz-Görlitz.

bus möglich, enache Fahrkarte nach Breslau. Von dort Verfassungsfahrt mit den Breslauer Genossen nach Cottbus. Bei Antritt in Breslau sofort bei Genossen Heine einmellen und durch die Vereinsvertreter pro Person 5.25 Mkt. Fahrgeld bereithalten.

Bei Antritt in Cottbus erfolgt die Ausgabe der Fahrkarten durch Genossen Brille. Ausweis über eingezahlte Fahrgelder bereithalten.

Das Verhalten während der Fahrt. Stille Rücksitze der Organisation.

Schlesier-Ausstellung zur Olympiade in Frankfurt

Zur Entlastung der Hauptauschüsse von all den vielen kleinen Fragen, die von Teilnehmern gestellt werden, sind Ausstellungsstellen für die einzelnen Landesstellen usw. vorgelesen.

Für Wettläufer sind für alle die Wettläufer betreffenden Fragen besondere Ausstellungsstellen errichtet.

Da die Schlesiern in einem Stadtteil untergebracht sind, so wird Befragung, wo diese sich befinden, dort geschehen.

Die Bezirksvertreter des 14. Kreises im Arbeiter-Land- und Sportbund treffen sich am Sonnabend früh 8 1/2 Uhr vor dem Hauptgebäude im Stadion. Wo der Bezirksvertreter nicht selbst anwesend ist, übernimmt ein Mitglied der Bezirksverwaltung die Verpflichtung, die Verbindung mit den Bezirksvereinen in Frankfurt aufrechtzuerhalten.

Von jedem Bezirk muß ein Vertreter anwesend sein. Nur durch eine ganz straffe Organisation vom Verein, über Bezirk, Kreis, Bund und der Feststellung ist die Gewähr für eine glatte reibungslose Abwicklung dieser gewaltigen Massendemonstration der Internationale des Arbeiterports gegeben.

Parteiveranstaltungen

Breslau. Mitglieder-Generalversammlung am Mittwoch, den 22. Juli, abends 7.30 Uhr. Subertusstraße, Friedrich-Wilhelm-Straße. Partei- und Gewerkschaftsbuch als Ausweis.

Alle Pol. und Org. Leiter müssen am Mittwoch, den 22. Juli, abends 6 Uhr in den Subertusstraßen erscheinen. Keiner darf fehlen.

Bezirk West. Bezirksstellenversammlung am Donnerstag, den 23. Juli, abends 7.30 Uhr im Lokal „Blau-Edel“, Frankfurter Straße 17.

Bezirk Zentrum. Bezirksversammlung am Freitag, den 24. Juli, abends 7 Uhr im „Rosen-Blumen“, Kupferstraße 17.

Bezirk Nord. Bezirksversammlung am Freitag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr bei Freyer, Michaelstraße 3. Wichtige Tagesordnung.

Bezirk Nord. Quartier-Anmeldestelle für den 2. August (Roter Tag): Frey-Daniel, Weinstraße 36.

Schwelm. Mitglieder-Generalversammlung am Freitag, den 24. Juli, abends 7 Uhr bei Hübel. Bericht vom Reichsparteitag.

Versammlung der Frauengruppe am Sonnabend, den 25. Juli, abends 7 Uhr bei Hübel.

Altwaasser. Jugendgruppenleiter rechnen bis 28. Juli ab.

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau. Die Genossen(innen) beilegen sich am Mittwoch an der Partei-Friedhof-Veranstaltung. Treffen am „Minorenhof“.

Probe für den proletarischen Abend am Donnerstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr im „Minorenhof“.

Waldenburg. Neufahrweg. Gemeinsame Mitglieder-Generalversammlung am Mittwoch, den 20. Juli in Waldenburg.

Gewerkschaftsfraktionen / Zellen

KPZ. Breslau. Sämtliche KPZ-Mitglieder im KPZ treffen sich am Dienstag, den 22. Juli, abends 7.15 Uhr bei Freyer, Michaelstraße 3. Parteibuch mitbringen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Wäldigen-Barde. Eheständige Versammlung am Donnerstag, den 22. Juli, abends 7.30 Uhr im „Hotel zur Sonne“.

Jellhammer. Antreten der Gruppen Jellhammer, Gottesberg, Mi-Schia Sonntag, 23. Juli, 12.30 Uhr am Mannsbach zum Ausflug nach der Glaste-Güte.

Bunzlau. Roter Frontkämpfer-Tag am 26. Juli.

Versammlungsanzeigen

Rote Hilfe. Partei-Schlesien. Büroräum: Breslau 1, Rathaus, 2. Etage. Chefred. Dr. Rudolf Biele.

Altwaasser. Alle Vorkämpfer für die Generalamette der polnischen Genossen haben diese, versehen mit Unterschriften an das Komitee sofort zurückzugeben.

Waldenburg. Aufruf der Jellhammer nach Waldenburg (Kamp) zum grünen Kampf am Sonntag, den 26. Juli. Abmarsch 1 Uhr von der Vereinsmühle.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Imperiale: Arthur Müller, Breslau.

Berlag: Schlesiensche Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.

Druck: Neuwag-Berlin, Trudereffiale, Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Täglich 8 Uhr.

Gesamtgastspiel
des
Wiener Ronacher-Theaters

**Hallo!
Hallo!**

Grosse
Ausstattungs-Revue
in 14 Bildern

F. Franze Nachf.
Inhaber Geier
Schweidnitz, Langstraße 11
Bogelfutter-Spezialgeschäft
Bogel- u. Fischezucht-Geräte
Kolonial- u. Feinstoffwaren

Selma Siegel's Putzgeschäft
Altwaasser, Breslauerstr. 42
Räumungs-Verkauf in
Damen-, Kinder- u. Seidenhüten

Gut möbliertes Zimmer
evtl. mit Küchen-Benutzung
für Ehepaar im Süden per
sofort zu vermieten.
Angebote unter A. M. 1500
an die Expedition d. Zeitung.

Fries-Brot „Edelweiß“
Weiß- und Süßwaren
in hoher Qualität
Fritz Grieger, Mehlgasse 30

Kaufhaus Matthiasstr. 63-65
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
zu stets billigen Preisen
Filiale: Friedr.-Wilhelmstr. 97

Du schaffst der Bewegung
wenn Du einen
Geschäftsmann unterstützt,
der nicht in
Deiner Zeitung
inseriert!

Alles von
**Rheumalismus
und Ischias**
zerstörtes Menneschen
Leben, wenn Rück-
porto bekräftigt wird,
wie ich von meinem
langjährigen Rheumatis-
musleiden in kurzer Zeit
erholt worden bin. Aus
Freude und Dankbarkeit
über meine Gesundheit
habe ich es mir zur
Aufgabe gemacht, auf
Wunsch allen leidenden
Menneschen mitzuteilen,
was mir so schnell ge-
holfen hat.
Gustav Wolter
Reichsbankbeamter a.D.
Berlin N 54
Zehlener Straße 5a
III Treppen links.

Magerkeit wirkt unschön

Schöne
volle Körperformen
durch unser
„Hegro-Kraftpulver“
in 6-8 Wochen bis 30 Pfund
Zunahme. Garantiert un-
schädlich. Ärztlich empfohlen.
Streng reell! Viele Dank-
schreiben. Preis Karton mit
Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.
Kronen-Apotheke, Neue Schweidnitzer Straße 34
Hygiea - Apotheke, Tauentzienstrasse Nr. 91

Schlesische Wäschefabrik
Ulrich & Krause
Dickhuthstraße Nr. 2
schräg über der Lutherkirche
liefert Bett-, Leib- und
Tischwäsche reell u. billig

Einen neuen Lieber, Genosse!

Wahl oder anderen Teilen des Reichslandes... werden Gefesselten, Essen oder andere Teile des Reichslandes... eniselt, aber zugleich Verhandlungen über die... Besetzung des ganzen Reichslandes... geflossen werden. Wenn wir also über die... des Dawes-Abkommens und des Garantiepactes der Arbeiter... Klasse die Wahrheit sagen sollen, wie sie ist, dann müssen wir... ihr ganz ohne jede Verschleiierung darstellen, daß die... führung der Lage durch Abschluß des Garantiepactes eine... unmittelbare Tatsache ist.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Dawes-Planes.

Die Sozialdemokratie hat eine Zeit lang eine Agitation ge... trieben, als ob der Dawes-Plan eine Erleichterung der wirt... schaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse wäre. Die Genossen... werden sich noch erinnern, daß den Arbeitern durch den Dawes... Plan das Vorkaufsrecht auf Erden versprochen wurde, der Acht... kundentag sollte gestrichelt sein, ausreichende Löhne sollten ge... zahlt werden usw. Das erste Jahr des Moratoriums war noch... ein verhältnismäßig leichtes Jahr. Wir Kommunisten haben... die Auswirkungen des Dawes-Planes niemals als Katastrophe... vorausgesehen, sondern wir wußten, daß eine absolut sichere... Reise sich entwickeln würde. Und das erste Jahr, das das... relativ leichteste war, auch dieses erste Jahr zeigt die wirt... schaftlichen Schwierigkeiten der Auswirkungen des Dawes-Planes... auf. Verschwunden sind die Behauptungen der Sozialdemo... kraten und Gewerkschafter von dem garantierten Minimal... einkommen, dagegen hören wir heftige Agitation gegen die... Zölle und gegen die neuen Steuererlasse, die nichts anderes... sind als die logische Entwicklung des Dawes-Planes. Ich... frage die Arbeiterklasse: wer hat die Parole gegeben, die... Sozialdemokratische oder die kommunistische Partei? Die... Sozialdemokratie, die den Dawes-Plan als Gipfel der Sicher... ung der wirtschaftlichen Existenz hinstellte, muß heute zu... geben, daß der Dawes-Plan eine Ausplünderung der breiten... Massen der Beschäftigten darstellt.

Deutschland und Rußland.

Ich glaube, es ist die Aufgabe unserer Partei, zu sagen, daß... jeder Arbeiter — nicht jeder Kommunist, sondern jeder Ar... beiter — heute einmal objektiv prüfen soll die Situation, wie... sie in Deutschland und in Rußland ist. Man hat innerhalb... der Arbeiterklasse seit Jahren die ganze Kraft der gewerkschaft... lichen und sozialdemokratischen und der bürgerlichen Presse... eingesetzt, um eine ideologische Mauer zwischen der Arbeiter... schaft und Sowjetrußland aufzurichten, weil im Kampf gegen... den Bolschewismus die SPD ihre eigene Arbeitseigen... schaftspolitik mit der Bourgeoisie, ihre Vorkaufsrechtspolitik... verteidigt. Und wenn die Arbeiter sehen lernen, wie es in Ruß... land wirklich ist, werden sie auch sehen lernen, was in Deutsch... land wirklich ist, und daher fürchten man sich.

Betrachten wir die Lage in Rußland. Die Stabilisierung... der ganzen Welt tracht in allen Ecken. Jeder bürgerliche... Wirtschaftspolitiker gibt das zu. Die Stabilisierung Deutsch... lands tracht ebenfalls in allen Ecken, wenn wir auch über... das Tempo nichts sagen können und wollen. Wir sehen die... Schwierigkeiten der französischen Bourgeoisie, wir sehen die... Differenzierung im Lager der englischen Arbeiterklasse. Und... wie sieht es in Rußland aus? In Rußland sehen wir eine... andere Stabilisierung als in Deutschland: wir sehen unter der... Herrschaft der Arbeiterklasse die Entwicklung der wirtschaft... lichen Kräfte, ein defizitäres Budget. Wir sehen die Sicher... ung aller politischen, sozialen und kulturellen Errungenschaften... der Oktoberrevolution. Die Erröhen des langsamen, aber... vorwärtschreitenden Sowjetreiches stört alle imperialistischen... Pläne. Rußland ist der Gegenpol für die imperialistischen... Hauptpläne. Die Erröhen Rußlands allein macht die Kombi... nation des Imperialismus zum Scheitern.

Man bereitet den Kampf gegen Rußland vor. England... bereitet ihn vor. Die nächste kommende große Auseinander... setzung wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf der Linie des... englich-russischen Gegensatzes ausgehen werden.

Man versucht, die Gegenläufe im eigenen Lager zu ber... schleppen, um zum gemeinsamen Kampf gegen Sowjetrußland... zusammenzugehen. Aber die Schwierigkeiten sind so groß, daß... selbst diese Art von Einigung nicht erfüllbar ist. Unsere... Pflicht ist es, trotzdem die Arbeiterklasse der Welt aufmerk... sam auf den Ernst der neuen Kriegsgefahr zu machen. Die... deutsche Arbeiterklasse, die zum Kriegsnachbarn Sowjetruß... lands werden könnte, insbesondere diese deutsche Arbeiterklasse... hat alle Ursache, die Entwicklung scharf zu verfolgen. In... diesen Wochen sehen wir, daß alle Eigenmeldungen es nicht... zuplatzen bringen zu verhindern, daß elementar aus der deut... schen Arbeiterklasse das Verlangen nach einem Kennzeichen... der russischen Verhältnisse erwacht. Die ersten Arbeiterdeleg... ationen, die trotz aller Hemmnisse und Drohungen der Partei... hierarchie jetzt nach Sowjetrußland fahren wollen, sind ein... Symptom dafür, wie tief der Drang innerhalb der deutschen... Arbeiterklasse ist, aus diesem Elend endlich herauszukommen... und neue Wege endlich zu suchen.

Die Kriegsgefahr der SPD. gegen Rußland.

Genossen, warum fahren denn die linken sozialdemokrati... schen Führer nicht mit? (Zuruf: Sehr gut! Feiertag!) Warum... fahren nicht Zehdenitz oder Sander oder sonst einer... der linken Führer mit nach Sowjetrußland, die sich doch schon... so radikal benehmen und uns Opportunismus vorwerfen? Wir... garantieren für ihr kostbares Leben; sie werden ganz... unbeschadet nach Hause kommen. (Zuruf: Es ist auch nicht... schade, wenn sie beschadet nach Hause kommen!) Doch sie sollen... ruhig wiederkommen, aber diese Furcht, die russische Frage... überhaupt zu stellen und zu kennen, ist nur das Zeichen der... eigenen Unwissenheit und Schwäche. Aber, Genossen, neben... diesen unüberwindlichen und schrecklichen Elementen gibt es noch... andere Gegner der Delegation nach Sowjetrußland. Der „Vor... wärts“ hat erklärt, es habe keinen Sinn, nach Rußland zu... fahren, wenn man nicht mit der Opposition in Rußland zu... Verbindung treten könne.“ Die man sich das verpfeilt, sieht... man aus einem Buchlein von Kautsky, das man nämlich nicht... genügend benutzen kann. Kautsky ist auf seine alten Tage... ungeheuer revolutionär geworden. (Zuruf: Herr! Herr!) Kautsky... ist jetzt ein Anhänger des bewaffneten Kampfes geworden... (Große Heiterkeit, Geläch.) Genossen, hört einen... Augenblick zu, Kautsky — er erzählt dafür, die Karte auf... den Buckel zu nehmen, sich vielselt als Selbstweibel zur... Verfügung zu stellen. Er hat nämlich:

Die sozialistische Arbeiter-Internationale muß es den... russischen Genossen überlassen, zu welchen Resultaten sie... bei ihren Unternehmungen kommen wird. Sie ist nicht gleich... der 3. Internationale eine Internationale der Tat.“

Wir werden über diese Internationale noch etwas an... deres zu hören bekommen. Diese „Internationale der Tat“... hat gerade in diesen Tagen ihre alljährliche Seite gezeigt.

Aber es kommt... wenn unsere Internationale von... herüber in ihren Aufstand gegen ihn als konterrevolutionä... res Tun verurteilt und deren Verbindungen verbietet, sich... an einem solchen Aufstand zu beteiligen.“

Und er sagt dann weiter:

Und gerade diese Gefahr macht es notwendig, daß die... sozialistische Internationale darauf hinarbeitet, entscheidende... Einflüsse auf den Aufstand zu bekommen, mindestens ihn zu... sabotieren.“

... 2. Internationale den bewaffneten Aufstand in Rußland gegen... Sowjetrußland. (Zuruf!)

Dieses Dokument ist das Zeichen, wie tief die SPD... sanken ist, wenn sie ohne Gegenwehr solche Literatur in den... Händen der Arbeiterklasse duldet.

Das ist die offene Unterstützung der Entente-Bourgeoisie... überhaupt jeder Bourgeoisie, das ist die offene Kriegsge... gegen Sowjetrußland. Karl Kautsky geht weiter und ver... langt, daß man Aufstehen verweigern soll, wenn nicht be... stimmte politische Konzessionen gemacht werden. Er ist für... eine Interventionspolitik. Dieses Buchlein Kautskys, der... plötzlich zu dem einen Anhänger des bewaffneten Aufstandes... geworden ist, gibt ein treffendes Bild der 2. Internationale, bei... der sich Herr Fritz Adler in derselben Weise befindet.

Wenn wir also die Lage in Deutschland und der jetzigen... Situation zusammenhängend betrachten wollen, so können wir... konstatieren, daß die Arbeitermassen beginnen, aus ihrer Passiv... tät herauszutreten und sich langsam zu sammeln. Die Klassen... kämpfe werden sich steigern, und unsere Hauptaufgabe ist es, uns... auf die kommenden Klassenkämpfe zu konzentrieren.

Die monarchistische Gefahr.

Wenn wir uns also klar sind über den Versuch der deut... schen Bourgeoisie als imperialistische Macht dritten Ranges, als... Schwanz-Imperialismus, die Gegenläufe der anderen auszu... gewinnen, dann werden wir verstehen, daß die deutsche Bour... geoisie vollständig Ruhe und Ordnung in ihrem Sinne braucht. Nach... dem Abschluß des Dawes-Pactes ist die wirtschaftliche... deutschbolschewistische Bewegung, der Faschismus, wie wir ihn... nannten, zurückgetreten. Die verzweifeltsten erprobierten... Kleinbürgermassen beruhigen sich. Sie wandten sich den legalen... monarchistischen Organisationen zu und die Deutschnationale... Partei hat einen großen Teil der Anhänger der ehemaligen... Deutschnationalen gesammelt. Die Bourgeoisie zeigt heute eine... ganz offene monarchistische Tendenz, die zeitweilig zurücktritt, zeit... weilig wieder aufsteht, die aber ständig bleibt. Die deutsche... Bourgeoisie will durch einen verfassungsmäßigen Monarchis... mus breite Kleinbürgermassen und breite ländliche Schichten... mit ihrer Erfüllungspolitik erfüllen. Gleichzeitig versteht sie... sehr vorzüglich mit der Sozialdemokratie zu manövrieren. Die... Sozialdemokratie ist aus der Reichsregierung, aus einer ganzen... Reihe von Ämtern herausgeworfen worden. Man hüte sich... sehr, sie vorläufig vor den Kopf zu stoßen. In der... Preussischen Regierung hat man die SPD. behalten, in einer... Reihe von Länderregierungen auch. Die rechte Regierung ver... sucht die Dinge abzuschieben, damit es zu keinem offenen... Kampf kommt, und die SPD. ist dazu bereit. Die Versuche, ein... Kompromiß zu finden, zeigen, wie vorzüglich die... Regierung die SPD. behandelt, weil die Auswirkungen des... Dawes-Planes neue Kräfte schaffen und die SPD. als Res... serve behalten wird für die kommenden Schwierigkeiten.

Es ist in unserer Partei darüber gestritten worden, ob... es überhaupt eine monarchistische Gefahr gibt. Einige Ge... nossen wollen die monarchistische Gefahr überhaupt negieren. Es... wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn sie die monar... chistische Gefahr nicht sehen würden. Nur müssen wir ver... stehen, daß die monarchistische Gefahr eine andere Grundlage... hat als der Monarchismus vor 1914. Das ist kein bloßes... Wiederholen des alten wilhelminischen Monarchismus, son... dern das Finanzkapital will damit sein Ziel durchsetzen. Die... Sozialdemokratie identifiziert den Monarchismus immer mit... den Spektern, um ihr Bündnis mit der Industrie zu ver... stärken.

Sie machen die Koalition mit der Schwerindustrie schmack... haft, indem sie gegen die Agrarier gehen. Wir würden einen... großen Fehler machen, wenn wir nicht verstehen würden, daß... es gerade ein Charakteristikum der neuen monarchistischen... Gefahr ist, daß sie getragen wird vom Finanzkapital und... durchaus nicht bloß von den Agrariern.

Es ist die Frage gestellt worden: Sollen Zweck das es... in Deutschland für das Finanzkapital eine verfassungsmäßige... monarchistische Revision anzustreben? Dabei sind eine Menge... von Mißverständnissen über die Staatstheorie Lenins unter... laufen. Das deutsche Finanzkapital ist bereit, wie wir das... im ersten Teil ausgeführt haben, sich der Ententebourgeoisie... zu unterwerfen, nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch... und trotzdem die Garantie bei den anderen auszunutzen, wenn... sie es können. Um aber diese Unterwerfung schmackhaft... zu machen, um die Ausbeutungspolitik, die es auf Grund des... Dawes-Planes treiben will, schmackhaft zu machen, muß es... seine breiten Anhänger im Kleinbürger... tum und auf dem flachen Land einen ideologi... schen Anker bieten. Die Sozialdemokratie ist ein wirklicher... Helfer der Reaktion geworden, indem sie die Arbeiter enttäuscht... hat aber das, was sie als Sozialismus ihnen vorsetzte. Für... große Kleinbürgermassen war die Wahl Hindenburgs ein... Symbol der guten alten Zeit. Es war für sie ein Ersatz für... die Enttäuschungen des Novembersozialismus. Wenn jemals... der Reaktion ein Dienst erwiesen wurde, so durch die Politik... der deutschen Sozialdemokratie, die breite Massen heute zur... Reaktion zurückgetrieben hat. Man soll sich nicht darüber... täuschen, daß auf dem flachen Land die Massen reaktionär... monarchistisch gesinnt sind und daß ihnen Hindenburg auch noch... nicht die Erfüllung ihrer Wünsche darstellt. Die ausländischen... Kapitalisten verstehen, daß es jetzt die deutsche Herrschaft... darstellt, desto stärker ist die Ausbeutungsquote an der deutschen... Arbeiterklasse. Deshalb ist die monarchistische Tendenz für... das Ausland keineswegs etwas, was es ablehnen wird.

Es ist die Frage gestellt worden, wie sich die monarchistische... Gefahr in Wirklichkeit umsetzen wird. Natürlich nicht wie beim... Kamp-Plan, nicht in denselben Formen, sondern in anderen... Formen. Aber eine solche Verwirklichung der monar... chistischen Gefahr ist genau so akut wie bei den Präsidenten... wahlen, und wer das wachsam ist, achtet trotz jenes... ultralinken Standpunktes zur Sozialdemokratie. Ob sich die... monarchistische Tendenz vollenden wird, wissen wir noch nicht, aber... unsere Aufgabe wird es sein, wenn die Sozialdemokratie... zurückwärtwärts will, mit aller Kraft auch gegen die Hindenburg... und Luther-Regierung den Kampf gegen die monarchistische... Gefahr mit ganzer Kraft zu führen.

Die Einigkeit und die Differenzen der Bourgeoisie.

Es ist gefragt worden, gibt es Gegenläufe im Lager der... deutschen Bourgeoisie bei der Durchführung des Dawes-... Planes? Diejenigen, welche sich die Welt so vorstellen, daß es... nur die kommunistische Partei gibt und dann gibt es eine... reaktionäre Masse, sehen wirklich nicht die Partei mit irgend... welchen Debatten behelligen, sondern erst einmal selber mit... sich klar werden. In einer Frage sind alle bürgerlichen Schich... ten einig: in der Ausplünderung und dem Betrag an der... Arbeiterklasse. Aber untereinander kämpfen sie um den Anteil... der Ausbeutung. Wenn es wahr ist, daß der Dawes-Plan die... Ausplünderung der Arbeitermassen und des Mittelstandes er... höhen muß — denn das ist der Sinn des Kampfes um die... Republik — dann ist das der Versuch, die Augen nicht auf... die Schultern der Kleinbürgerlichen Massen und der Arbeiter... massen abzuwenden. Der Volkshoch ist nach der Hindenburg... Wahl zusammengebrochen vor dem Hindenburg-System. Wer... etwas anderes erwartet hat, der hätte irgendwelche Heber... schung des Volkshochs. Aber eben so handlich ist es, zu... sagen, wenn der Volkshoch zusammengebrochen ist, daß damit... die Differenzen im Lager der Bourgeoisie erledigt sind, daß... dadurch die Differenzen zwischen dem Kleinbürgertum und der... Großbourgeoisie, zwischen dem Handel und den Finanzen er... ledigt sind. Sie sind nicht erledigt. Und sie können sich morgen...

wieder gerade so zuspitzen. Welche Formel hat die Bourgeoisie... um sich bei den republikanisch gesinnten Arbeitermassen durch... zusetzen? Es wäre nicht richtiger als nicht zu sehen, daß... der Kampf gegen die Monarchie und der Kampf für die Repu... blik aktuell bleibt, auch wenn momentan infolge der Freigabe... dieser republikanischen Schwünge die republikanische Frage... nach außen hin nicht so steht. Und wer die Arbeiterklasse nicht... als Substrat gebrauchen lassen will, der muß die Republikfrage... stellen, um die Arbeitermassen diesen Volkshochträgern zu... entziehen. Wenn die Partei aufhört, die republikanische Frage zu... stellen, dann liefert sie die Arbeiterklasse der Koalitionspolitik... aus. Wer der Koalitionspolitik den Boden entziehen will, der... muß die Arbeitermassen loslösen, indem er ihnen zeigt, daß... der Kampf gegen die Monarchie nicht das Privileg des „Ber... liner Tageblatts“ oder des „Vorwärts“ ist. Und die Schwünge... von der Koalitionspolitik in unseren Reihen, sie treiben eine... wahrhafte Koalitionspolitik, denn sie verurteilen die Arbeiter... zur Koalitionspolitik, weil sie ihnen keinen Ausweg zeigen... zum Kampf gegen die Koalitionspolitik. Es gibt keine... Parlamentarier, wie Lenin sagt, welche sichern über jede... kleine Dummheit oder über jedes neue Heberstimmen der... bürgerlichen Schichten, auch über die Frage Republik und... Monarchie. Diese Leute entdecken immer wieder von neuem, daß... das Zentrum eine schmierbüchliche Partei ist. Diese... schmierbüchlichen Parlamentarier entdecken immer wieder von neuem, daß... in der Zoll- und Steuerfrage die bürgerlichen Schichten sich... einig sind im Kampf gegen die Arbeiterklasse. Aber ich glaube, daß... wir wissen wir schon ziemlich lange, worauf es ankommt, ist... zu verstehen, wie es demnach geknallt, politisch die Arbeiter... klasse hinter sich zu ziehen. Ich glaube, daß nichts gefährlicher... wäre, als in diesem Augenblicke diese Frage nicht zu sehen. Genau... so wie wir diese Forderungen in kurzer Zeit ge... wärtigen müssen, genau so müssen wir auf demselben Gebiet... auch in der Regierungsfrage, auch in der Frage des Systems, mit... dem man die Massen ausplündert, gefast sein.

Solange wir nicht die Macht erobert haben, bleibt die... störung der Illusion unsere tägliche absolut notwendige... Aufgabe. Und deswegen ist es eine Oberflächlichkeits, sich... klammern an die äußeren Zusammenhänge des jeweiligen... Volkshochs. Das Problem besteht hier im Kampf zur... Demaskierung dieser Leute.

Und Genossen, wenn wir also die Frage stellen, die Ver... schärfung der Ausplünderung der breiten Massen über die... eigentlichen proletarischen Kreise hinaus, dann sehen wir fest... stamte Berührungspunkte zwischen der Ultralinken und der... Rechten. Die Rechten, über die ich in meinem letzten Teil... noch sprechen werde, glauben, daß hier das Alibi-Mittel für... die Arbeiterklasse kommen kann, wenn man ein jenseits Minimal... programm in Steuer- und Finanzfragen aufstellt. Und in dieser... Einschätzung der Situation treffen sie sich mit den Ultralinken... wie auch in anderen Punkten. So treffen sie sich auch in der... Einschätzung der monarchistischen Gefahr. Das ist aus taktischen... Gründen bisher von beiden Seiten zurückgestellt worden. Die... Rechten haben diese Frage niemals gestellt, sie haben niemals... die Frage des Kampfes in diesen Dingen aufgerollt, und nie... mals verstanden sie, hier den Grundfehler unserer Politik des... letzten halben Jahres zu erkennen, aber sie haben sich getraut... in der Kritik mit dem Genossen Rosenberg usw. Solche Paral... lelen sind auch noch auf anderen Gebieten zu sehen.

Ich glaube, daß unsere Mai-Zentralauschüsse diese... Entwicklung richtig gesehen haben. Ich glaube, daß die vor... sichtige Behandlung der SPD. ernst beachtet werden muß. Die... Politik der SPD. im gegenwärtigen Moment kommt nur... darauf hinaus, daß die SPD. sich der Öffentlichkeit als eine... zuverlässigere Regierungspartei als die Deutschnationalen an... preißt. Ich habe hier eine charakteristische Äußerung von einem... so berühmten Mann wie Wels, der auf einem Parteitag — ich... glaube, es war in Halle — ungeführt erklärt hat: „Der Strei... kmanische Sicherungspakt ist ein Ergebnis der sozialdemokrati... schen Politik.“ Die Äußerung ist wichtig für das Zusammen... spiel zwischen Regierung und SPD.

Dasselbe Spiel zwischen Sozialdemokratie und Regierung... beobachten wir in der Zollfrage. Die hauerische Presse ver... zeichnet mit großem Eifer jede Neuerung der Sozialdemo... kratie für Rolle, z. B. hat Herr Zehdenitz sich gegen die Anti... Zollpolitik seiner Partei ausgesprochen. Die vorläufige Be... handlung der Sozialdemokratie ist ein Beweis mit dafür, daß... wir uns nicht täuschen lassen sollen von der gegenwärtigen... Periode der Ruhe, und daß wir beobachten müssen, daß die... Frage Republik oder Monarchie neu gestellt werden wird und... daß es dann unsere Pflicht ist, Stellung zu der Frage zu... nehmen.

Die Lage der Arbeiterklasse.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß breite Schichten der... Arbeiterklasse in die Arme der Reaktion zurückgetrieben wurden... durch die Politik der Sozialdemokratie. Aber es kommt noch... schlimmer. Die Arbeiterklasse ist demoralisiert, ist gespalten, die... Verärgerung und die Passivität in der Gewerkschaftsfrage ist... ein Hauptresultat jener Politik. Wie die Sozialdemokraten... ihren Versuch darin sehen, diese Passivität zu steigern, so ist... unsere heilige Pflicht und Aufgabe, alles das, was lebt, was... aktiv ist in der Arbeiterklasse, zu sammeln. (Zuruf: Sehr gut!) Die... Sammlung der Arbeiter zum Kampf gegen die monarchistische... und die Kriegspartei, die großen Massenaktionen gegen die... wirtschaftlichen Auswirkungen des Dawes-Planes, die Ent... fesselung großer Klassenkämpfe, das ist unsere aktuelle Aufgabe.

Wenn dabei die Frage der Regierung gestellt wird, so... müssen wir klar sagen, daß wir gegen jede Art von Regierung... kämpfen werden, ganz gleichgültig, wieviel Sozialdemokraten... darin sitzen, daß wir aber alles daran setzen werden, um die... Taten dieser Regierung zu enthüllen und bloßzulegen durch die... jeweilige geeignet erscheinenden Mittel, das wir in allen diesen... Perioden zu verbinden haben, das revolutionäre Ziel mit... diesen Teilambitionen, daß wir die Frage der Eroberung der... proletarischen Macht, die Lösung der Arbeiter- und Bauern... regierung als Synonym damit verbinden müssen. Das wollen... wir um so mehr betonen, als sich ein Teil der bürgerlichen... Presse und der Sozialdemokraten einzusetzen, als ob wir hier... irgend eine grundsätzliche Revision vornehmen würden. Das... ist nicht der Fall. Zu revidieren haben nur die anderen, die... bankrott geworden sind. (Beifall.) Der große Fehler un... serer Vergangenheit besteht darin, daß wir niemals die Rolle... der SPD. richtig eingeschätzt haben, sowohl in ihrer allgemeinen... Charakteristik, wie in der speziellen, die sie gegen die... Arbeiterklasse anwandte hat. Die größte Errungenschaft der... Reinigung unserer Grundfrage besteht in dem richtigen Ver... ständnis der Rolle der SPD. in Deutschland. Wir haben die... SPD. nach Frankfurt allgemein bezeichnet als eine bürgerliche... Partei. In dieser Auffassung hatten wir recht. Wir müssen ver... stehen, daß diese Feststellung uns zugleich die Pflicht auferlegt, zwei... Dinge im Auge zu behalten. Erstens innerhalb der SPD. stehen... Tausende, Zehntausende, Hunderttausende von Prole... tariern, die betrieblt sind durch die Politik ihrer Führer, die... wir gewinnen müssen, wenn wir den Kampf gegen die Bour... geoisie gewinnen wollen. Zweitens müssen wir verstehen, daß... die SPD. keine ein für allemal gegebene unveränderliche... Erscheinung ist, daß sich innerhalb der SPD. eine ganze Reihe... von Prozessen vollzieht, und wir müssen das aufmerksam... beobachten und verstehen, die notwendigen Lehren für die Ar... beiterklasse daraus zu ziehen.